



Feindliche Kräfte und friedliche Evolution Chinesische Sicherheitsparanoia unter Xi Jinping

amicus sharqi

März 2024

Zusammenfassung

Die zahlreichen Maßnahmen der KPCh zur Stärkung der ‚Nationalen Sicherheit‘ sorgen in westlichen Medien für Aufmerksamkeit. Im zeithistorischen Kontext sind sie weniger überraschend und in Teilen nach Jahren ‚riskanter‘ Lockerungen eher eine Rückkehr zu vergessenen oder ausgeblendeten Wurzeln der – nach eigenem Verständnis – leninistischen Kaderpartei. Die Bereitschaft, dafür wirtschaftliche Einbußen in Kauf zu nehmen, ist jedoch ein Element von internationaler Bedeutung, das entsprechende Risiken auslösen kann.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Bereits bei der Übernahme des mächtigsten Postens der KP China im Jahr 2012 legte Xi Jinping einen Schwerpunkt auf ‚Nationale Sicherheit‘. Die Partei war zu diesem Zeitpunkt von Korruption durchsetzt. Eine Aussage, wie die der aus China ausgewanderten früheren Mitarbeiterin der Zentralen Parteischule Cai Xia¹, wonach die KP mafiose Strukturen aufweise, waren keineswegs eine Einzelmeinung. Das Gefühl, dass die Zukunft der KP auf dem Spiel stünde, war spürbar. Die Betonung der ‚Nationalen Sicherheit‘ konnte gut und gerne auch als Überlebensstrategie vielleicht nicht der Nation², aber der Partei gesehen werden.

Wellenbewegungen sind Teil der geschichtlichen Entwicklung Chinas. Bereits seit Gründung der Volksrepublik schwingt das Pendel manchmal zu mehr Offenheit und dann wieder in die Gegenrichtung. Auf die Niederschlagung der Studentenproteste 1989 – in der Wertung der KP Chinas der Versuch einer ‚Konterrevolution‘ – folgte eine Zeit der Zurückdrängung der Reformpolitik. Stabilität (wending 稳定)³ und die Abwehr von vermeintlichen Versuchen, China mit westlichem Denken zu unterwandern (heping yanbian 和平演变)⁴, standen im Mittelpunkt. Erst die anfangs nahezu geheim gehaltene Reise Deng Xiaopings nach Shenzhen und weiteren Städten im Süden, um seiner Reform- und Öffnungspolitik Nachdruck zu verleihen, stoppte den Schwung autoritärer KP-Kader. Dengs ‚Reise in den Süden‘ (南巡) brachte deshalb den Umschwung, weil sie den Interessen – etwas hochtrabend formuliert – des Volkes entsprach.

Während der letzten drei Jahrzehnte war es ein gängiges Argument, die Stabilität Chinas und die Akzeptanz der KP von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängig zu machen. Wirtschaftswachstum – mindestens acht Prozent – wurde zur raison d’être der fernöstlichen Nachfolger von Marx, Lenin und Stalin – und Korruption als Nebenwirkung übergangen. Die Strategie erwies sich für die Partei bislang als erfolgreich; eine alternative politische Gruppierung ist nicht in Sicht. Eher die spürbare Hinwendung zu unterschiedlichen Religionen bot eine Zuflucht. Unter Xi Jinping hat es den Anschein, ändert sich die Situation. Ideologie, Personenkult, Nationalismus und Überwachung nehmen wieder an Bedeutung zu. Dabei werden wirtschaftliche Einbußen in Kauf genommen und das bisherige Entwicklungsmodell auf den Prüfstein gelegt.

Neuere Gesetzgebung zur Nationalen Sicherheit, die auch Hongkong umfasst, Maßnahmen zur Bekämpfung von Spionage, regelmäßige reißerische Internetauftritte des Ministeriums für Staatssicherheit, Kontrolle des Internets, landesweite Aufrufe zu Denunziation, die lückenlose Überwachung des öffentlichen Raumes und nicht zuletzt der Missbrauch des sozialen Punktesystems sind Elemente, die natürlich in diesem Zusammenhang benannt werden. Dabei ist die Rundumkontrolle keineswegs neu. Auch vor vierzig Jahren konnte man als Fremder keinen Wohnblock unerkannt betreten. Und wer aus chinesischer Sicht gegen die ‚Nationale Sicherheit‘ verstieß, hatte auch ohne Gesetz ein Problem. Personen, die versuchten auf dem Tiananmen ein Plakat aufzurollen, können dies bestätigen.

¹ Siehe Artikel von Cai Xia in der ‚Foreign Affairs‘, No. 101 Spt/Okt 2022 ‚The Weakness of Xi Jinping. How Hubris and Paranoia Threaten China’s Future‘.

² Ohnehin wirft der Begriff der Nation in einem Vielvölkerstaat wie der Volksrepublik, in der die Spitzenposten durch Mitglieder **einer** Ethnie besetzt werden, einige Fragen auf.

³ Chinawatcher machten sich damals die Mühe, die Häufigkeit der Nennung wending 稳定 in Reden etwa Li Peng’s Rede mitzuplotten, um Hinweise auf Regierungshandeln zu erhalten.

⁴ Heping yanbian 和平演变 sah die KP nach 1989 als westliches Teufelswerk schlechthin, die schleichende Umwandlung Chinas zu einem westlich geprägten Regierungs- und Wertesystem.



Der Geist, der hinter den beschriebenen Maßnahmen steht, ist daher nicht neu. Es sind die Veränderungen der sozialen Gegebenheiten – wie der revolutionären Umverteilung vom Land auf städtische Ballungszentren – in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit moderner Technik, die besonders ins Auge fallen. Von Arbeitseinheiten geführte Wohnblocks, die Danwei, existieren nicht mehr, womit sich zwischenzeitlich etwas größere Freiräume ergaben, die nun wieder Einschränkungen erfahren. Zudem wird häufig die deutlich unterschiedliche Wahrnehmung von Personen mit einem auf individueller Freiheit ausgerichteten westlichen Lebensmodell und einer Sozialisierung, in der soziale Anpassung seit Staatsgründung in unterschiedlichen Formen Lebensrealität ist, ausgeblendet. Dem Sozialpunktesystem etwa, unvorstellbar in westlichen Demokratien, werden in der Bevölkerung durchaus positive Seiten abgewonnen.

Entsprechend wird verhaltene Kritik an den Maßnahmen zur Stärkung der ‚Nationalen Sicherheit‘ grundsätzlich im Blick auf die Nachteile für den Wirtschaftsstandort China und seiner wirtschaftlichen Entwicklung als Fundament für Stabilität benannt. Entsprechende Kommentare wurden in den letzten Wochen von dem KP-Sprachrohr ‚Volkszeitung‘⁵ und der Akademie für Sozialwissenschaften⁶ publiziert. Vor einem Jahrzehnt wären derartige Artikel weniger aufgefallen. Dass dies parallel zu einer wichtigen zentralen Sitzung über Sicherheitsfragen erfolgte, bei der Xi Jinping für eine weitere Verschärfung etwa der Korruptionsbekämpfung eintrat, ist auffällig. Auch der Rückgang der Zahlen ausländischer Studenten an chinesischen Universitäten wird auf die unklare Gesetzeslage zurückgeführt⁷.

Bei der medialen Berichterstattung zu dem Thema Überwachung und ‚Nationale Sicherheit‘ fällt immer wieder auf, dass bei der Beschreibung von Gesetzesinitiativen und Überwachungspraktiken ein Kernaspekt, nämlich die keineswegs neue Konzentration aller Maßnahmen in einer **Parteiorganisation** namens ‚Kommission für Politik und Recht‘ (zhengfa 政法委⁸⁹), unerwähnt bleibt. Sie ist der Kulminationspunkt aller beteiligten auch staatlichen Organisationen wie den Justizorganen, der Polizei und der mit Exekutivbefugnissen ausgestatteten Staatssicherheit und zugleich Taktgeber für die zahlreichen Maßnahmen auf dem Gebiet.

Sie ist in Parteistrukturen bis in jeden Kreis präsent. In der Vergangenheit standen gefürchtete Personen, wie Qiao Shi, an ihrer Spitze und ersetzten das Gesetz. Seit dem letzten Parteitag ist das für die Zhengfa zuständige Politbüromitglied Chen Wenqing. Er war bis vor einigen Jahren, als er zum Minister für Staatssicherheit ernannt wurde, ein eher unbekannter Kader aus der Provinz. Sein Nachfolger als Minister, Chen Yixin, verbrachte mit Xi Jinping eine gemeinsame Zeit im wirtschaftlich prosperierenden Zhejiang und ist ebenfalls Mitglied der Kommission für Politik und Recht.

Damit kommt Kadern aus dem Staatssicherheitsapparat eine gewichtige Rolle bei der politischen Führung und Kontrolle von Polizei und Justiz zu. Hier gilt eher: Nothing really new under the sun approach – vielleicht mit einem kleinen Zusatz. Wie auch bei dem neuen starken Mann des Polizeiapparates, Wang Xiaohong, der ebenfalls Xi während dessen Stehzeit in Fujian diente und aktuell als Vizevorsitzender der Kommission fungiert, ist

⁵ z.B. http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2024-02/01/nw.D110000renmrb_20240201_2-02.htm - 必com须坚持高质量发展和高水平安全良性互动

⁶ Siehe NZZ vom 24.01.2024 S. 13

⁷ Siehe South China Morning Post vom 08.03.2024 ‚Spy law ‚confusion‘ cited amid fall in foreign students.‘

⁸ 刘忠. 政法委的构成与运作bb be beschreibt die unterschiedlichen Entwicklungen des zhengfa- Konzepts seit 1959 als Organisationsform einer leninistischen Kaderpartei.

⁹ Aktuelle Spitzenpositionen: http://www.ce.cn/ztpd/xwzt/zyzsjgrwk/zfw/index_21166.shtml



die persönliche Beziehung zu dem Generalsekretär entscheidend. Die aktuellen Weichenstellungen entsprechen eindeutig den Überzeugungen Xi Jinpings.

Was ist also tatsächlich neu an den Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen? Die übertriebene Fokussierung auf ‚Nationale Sicherheit‘ ist es ebenso wenig, wie die Schaffung ‚neuer‘ Universitätsabschlüsse oder Internetauftritte, als wenig substantielle Anpassung an den Zeitgeist. Die Verschiebung staatlicher Zielgrößen dagegen ist von anderem Format. ‚Nationale Sicherheit‘ einschließlich wirtschaftlicher Autonomie gewinnt in der Konkurrenz zu wirtschaftlicher Expansion basierend auf Freihandel an Raum. Nach drei Jahrzehnten der Lockerung treten mit dem Ruf nach stärkerer Autarkie gegenläufige Konzepte auf. Eine Furcht der Partei oder auch nur der jetzigen, sich aus einer vergleichsweise kleinen Klientel zusammensetzenden Parteispitze die Kontrolle zu verlieren – unabhängig wie realistisch ein entsprechendes Szenario anmutet – scheint wirtschaftliche Vernunft zu überbieten. Die nervösen Reaktionen auf die kleinen, ungefährlichen Demonstrationen zum Ende der Covid-Pandemie könnten als Beleg dienen.

Ein Blick auf Grenzsituationen der letzten vierzig Jahre – eine Erfahrungshorizont, der jedem der jetzigen Spitzenkader gegenwärtig ist – zeigt die den aktuellen Maßnahmen zugrunde liegende mögliche Gefährdungswahrnehmung. Darunter fällt der in kürzester Zeit erfolgte Zerfall der KPdSU, der Xi Jinping erkennbar bis heute geprägt hat. Die Studentenbewegung 1989 brachte eine existentielle Spaltung der Partei, bei der sich zuletzt die Orthodoxie unter Li Peng gegen KP-interne Reformer durchsetzte. Jiang Zemin nahm später die teilweise Belagerung der KP-Zentrale im Zhongnanhai durch eine religiöse Sekte, der sich zahlreiche Intellektuelle und auch Parteimitglieder angeschlossen hatten, ebenfalls als ernstzunehmenden Angriff auf die Parteiherrschaft auf. Die unter Jiang Zemin und Hu Jintao einsetzende kollektive Führung, in der deutlich Meinungsunterschiede innerhalb der KP ausgemacht werden konnten, wurde durchaus auch als Schwäche gedeutet.

Mit der Machtkonzentration auf eine eng definierte, homogene und loyale Gruppe ist die Gefahr einer Spaltung zumindest an der Spitze der traditionell unterschiedliche Strömungen inkorporierenden Partei ausgeschlossen. Ob damit jedoch eine angemessene Reaktionsfähigkeit auf die Komplexität wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder internationaler Entwicklungen einhergeht oder – auch das wäre nicht neu – ein riskantes Manöver in einem Fluss gefahren wird, dessen Tiefe Deng Xiaoping Stein um Stein erkundet hätte, wird sich zeigen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Kontakt: amicus.sharqi@proton.me